War Lübeck 1919-1932 ROT ODER SCHWARZ

Lübeck in der Weimarer Epoche

Teil 1:

Von 1919 bis 1933 hatte Lübeck jedenfalls zu keinem Zeitpunkt eine „rote“ Regierung. Unter Bürgermeister Fehling herrschte in Lübeck die national-konservative, unter seinem Nachfolger Neumann die national-völkische und unter dem ersten SPD-Bürgermeister, Paul Löwigt, ab November 1926 der „neue Konsens“ mit dem national-völkischen *Hanseatischen Volksbund*. Die vermittelnde Haltung Löwigts kommt in dessen Würdigung Bürgermeister Neumanns bei der Einführung der Senatoren Eckholt un Dr. Geister am am 18.Juni 1926 zum Ausdruck.[1]

In den sechs Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1932 wurde die SPD mit Ausnahme von 1926 bis 1929 zwar jeweils stärkste Fraktion in der Bürgerschaft.[2] Allerdings obsiegte in der Bürgerschaftswahl am 10.2.1924 bis November 1926 nach der vorangegangenen und verlorenen Volksabstimmung über die Auflösung des Senats das bürgerliche Lager gegenüber KPD und SPD mit 42 von 80 Sitzen.[3]

Julius Leber bringt die Machtverhältnisse in der Weimarer Epoche Lübecks 1923 auf den Punkt:

> *„Die bürgerliche Senatsmehrheit regierte und die sozialdemokratische Bürgerschaftsmehrheit bewilligte die Steuern.“*[4]

Das heißt, die sozialistische Mehrheit in der Bürgerschaft (SPD und KPD), mit Ausnahme der Wahl vom 10.2.1924, spiegelte sich nicht in einer etwaigen sozialistischen Mehrheit des Senats. Da der Senat nach der Revolution vom 9.11.1918 als einzige Regierung eines der 18 Bundesstaaten unter Bürgermeister Fehling fortbestand (mit 1919 14, nach 1920 12 Mitgliedern) und nur fünf SPD-Senatoren 1919 nachgewählt werden konnten, ein sechster erst 1921, blieb seine Zusammensetzung mehrheitlich bürgerlich. Denn nach Art. 4 der Landesverfassung (LV) vom 29.März 1919 wurden die gegenwärtigen Senatsmitglieder in ihrer Stellung bestätigt, und zwar ab dem 1.4.1919 für die nächsten 12 Jahre (die 7 gelehrten Mitglieder) bzw. für 6 Jahre die sieben übrigen. Mit

---

[1] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund. Bei der Einführung der am 18. Juni 1926 gewählten bürgerlichen Senatsmitglieder Eckholdt und Dr.Geister, die nur mit den 35 Stimmen von SPD und KPD gewählt worden waren, erklärte Löwigt, „dass die Gründe, die Bürgermeister Neumann zum Ausscheiden aus dem Senat veranlasst hätten, auf politischem Gebiete lägen. Er halte es nicht für angebracht, darauf einzugehen. Bürgermeister Dr. Neumann sei 1904 in den Senat gewählt worden. Als Polizeiherr, als Vorsitzender der Finanzbehörde und seit 1921 als Präsident des Senates habe er an verantwortungsvoller Stelle gestanden. Auch in den Zeiten der größten politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte er es verstanden, mit Geschick und Energie die Interessen des Lübeckischen Freistaates zu fördern. Dies anzuerkennen, würden sicher auch seine politischen Gegner bereit sein.“, Knie, S.54, schreibt zutreffend, dass diese - die Hintergründe verschweigende - Würdigung Neumanns durch den späteren Bürgermeisters Löwigt sicher nicht im Sinne Dr. Lebers und von Dr. Solmitz gelegen habe.

[2] Erst in der Reichstagswahl am 5.3.1933 erhielt die NSDAP in Lübeck 42,8% gegenüber der SPD 38,3%.

[3] Anders lagen die Verhältnisse im Reich nach dem Kapp-Putsch. Mit dem Verlust der Mehrheit der Weimarer Koalition in den Wahlen vom 6. Juni 1920 aus SPD (163 auf 113), Zentrum (91 auf 69 -Abspaltung der Bayerischen Volkspartei) und Demokraten (75 auf 45) hatte die deutsche demokratische Republik „ihre tödliche Wunde erhalten“, wie das Arnold Brecht, Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1894-1927, Stuttgart 1966, S. 309. Bis zum Ende der Republik fand sich keine demokratische Mehrheit.

[4] LBV vom 7.11.1923

Neumann Senat 1921 - 1926	Löwigt Senat 1926-1933
Neumann (bis 3.6.1926), AV-Mitglied	SPD Löwigt
Vermehren, AV-Mitglied	SPD Henze
DVP Heinsohn (seit 4.1925)	SPD Mehrlein
Friedrich (bis 4.1925)	SPD Haut (seit 13.12.1928)
Kalkbrenner, AV-Mitglied	SPD Hoff (bis 20.1.1928)
DDP Dimpker (bis 10.1923), AV-Mitglied	
Strack	
Heinrich Evers (bis 5.1926), AV-Mitglied	
Kulenkamp	Vermehren (bis 5.2.1928), AV-Mitglied
Stooß (bis 4.1925)	Kalkbrenner, AV-Mitglied
	Dr.Geister
SPD Bromme	DVP Hans Evers (seit 21.11.1929)
SPD Hoff	Heinsohn
SPD Löwigt	DDP Eckholt
SPD Henze	Strack
SPD Mehrlein	
SPD Friedrich (bis 4. 1925)	
SPD Dreger (seit 4.1925)	

Art. 5 der Neufassung der LV 1920 wurde die Zahl von 14 auf 12 reduziert und die Wahlzeit sämtlicher Senatoren auf „unbestimmte Zeit“ verändert.

Die SPD hatte jedenfalls zu keinem Zeitpunkt im Senat eine Mehrheit. Das auf Antrag der SPD 1923 eingebrachte Misstrauensvotum gegen den Senat, mit der Absicht, den Senat entsprechend der Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft umzubilden, war zwar erfolgreich. Die vom Senat unter Bürgermeister Neumann daraufhin beschlossene Volksabstimmung brachte am 6. Januar 1924 indes eine schwere Niederlage für die Antragsteller. Die bürgerliche Senatsmehrheit blieb erhalten.

Der erbitterte Kampf Lebers gegen den völkischen Bürgermeister führte allerdings am 2. Juni 1926 zum Sturz Neumanns. Dieser trat am 3. Juni 1926 zurück und der Sozialdemokrat Paul Löwigt wurde im Senat zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Auch dieser Wechsel im Bürgermeisteramt änderte jedoch nichts an der politischen gegenläufigen Ausrichtung von Bürgerschaft und Senat. Denn in den Bürgerschaftswahlen vom 14.November 1926 überflügelte zwar der auf Veranlassung Neumanns gegründete nationalistische Hanseatische Volksbund mit 44,4% die SPD mit 42,4%. Zusammen mit der KPD (6,4%) überwog allerdings immer noch eine knappe Mehrheit des sozialistischen Lagers im Landesparlament. Neumann verstarb 1928, die Mitglieder seiner Partei, der Hanseatische Volksbund, gingen in der Folge im Wesentlichen zur NSDAP über. Die Regierung Lübecks (der Senat) verfügte trotz des SPD-Bürgermeisters Löwigt bis 1933 über keine Mehrheit der SPD, d.h. des sozialistischen Lagers.

Lübeck hatte demnach zu keinem Zeitpunkt von 1919 bis 1933 eine rote Regierung

Rosa Luxemburg, die zwischendurch nach ihrem Mann, den sie geheiratet hatte, um die deutsche Staatsangehörigkeit für ihre Umsiedelung nach Deutschland zu erhalten, auch Lübeck hieß (1898-1900)[5],

[5] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Rosa_Luxemburg, 14.11.2021

sagte auf dem berühmten Lübecker Parteitag vom 22.-28.September 1901 im Gewerkschaftshaus in der Johannisstraße 46 zum bürgerlichen Parlamentarismus der Hansestädte Lübeck und Hamburg[6]:

> *„Ihnen hier in der großtuenden Bourgeoisie, der berühmten Republik gebrauche ich nicht viel darüber zu sagen, was wir heutigen Tages von dem Wert des bürgerlichen Parlamentarismus zu halten haben...- der allgewalten Bourgoisie in dem Geldsack-Parlament der Republik von Lübeck und Hamburg ...In Lübeck erleben wir schon die Rückwärtsversion des Parlamentarismus...“?*

Die parlamentarische Vertretung der Stadtrepublik Lübeck war im Kaiserreich ebenso wie diejenigen der anderen Hansestädte tiefschwarz, d.h nationalkonservativ. Zwar wuchs die Bevölkerung nach dem Franzosenkrieg und der Reichsgründung 1871 in Versailles rasch von 40.000 auf über 100.000 (1.11.1911) und Lübeck wurde Großstadt. Die SPD hatte in Lübeck 1894 noch 500, 1914 bereits 8034 Mitglieder.[7]

Dazu trugen im Reich auch die rd. 9 Mrd.€ französischen Reparationen nach 1871 bei.[8] Diese Zahlungen förderten den industriellen Boom der 1870er Jahre, der politisch die Gewerkschaften und die SPD stärkte. Das Zwei- bzw. Dreiklassenwahlrecht ließ den nicht Besitzenden in Lübeck und in den 25 übrigen Reichsländern (3 Stadtrepubliken, 18 Fürsten- bzw. Herzogtümer, 4 Königreiche und das Reichsland Elsaass-Lothringen) zwar keine Chance. 1905 gab es im Lübecker Parlament vier SPD Abgeordnete: W. Bruhns, Peter Pape, Theodor Schwartz und Rudolf Wissell, der Arbeitersekretär und spätere Reichsarbeitsminister; 1907 folgten die Arbeitersekretäre Johannes Stelling und 1909 Paul Hoff; 1913 waren es vier SPD Abgeordnete, darunter Albert Henze vom Konsumverein und der spätere Senator Paul Löwigt; die SPD benötigte für vier Mandate 4.499 Stimmen, die Bürgerlichen erhielten mit zusammen 3.451 Stimmen 33 Mandate.[9] Das Gewicht der Stimme von Werktätigen zu denjenigen der Besitzenden lag etwa bei 1 : 10.

In der Ungleichheit der politischen Vertretung lag ein Grund für die Spaltung der Gesellschaft. In den Landtagen herrschte bis 1919 also die Diktatur der Bourgeoisie. Anders lag der Fall im Reichstag. Dort galt gleiches Männerwahlrecht. Die deutsche Geschichte hätte sicher einen anderen Weg einschlagen können, wenn es nach den „Entschiedenen Freunden der Verfassung“ gegangen wäre, die sich um die süddeutschen Revolutionäre Friedrich Hecker (1811-1881) und Gustav Struve (1805-1870) 1847 in meiner Geburtsstadt Offenburg versammelten und den Königen und Fürsten, in erster Linie dem badischen Großherzog, eine bürgerliche und parlamentarische Verfassung vorschlugen. Die 1847 in Offenburg angenommene bürgerliche

---

[6] Gesammelte Werke, Band 6, S.678; und der Bericht in: vlga. Band 76,1996, S. 181 ff.; https://vlga.de/file/zvlga_76_1996.pdf; diese Kritik verschärfte sie am 20.11.1918 in der Rede des Spartakusbundes gegen die Bildung der Nationalversammlung nach den Plänen der Mehrheitssozialisten (bürgerliche Demokratie/ sozialistische Demokratie) Huber Dokumente, 26

[7] Stegmann (FN 8), S. 40.

[8] Die Gesamtausgaben des Deutschen Reiches betrugen 1913 4,13 Mrd.€; Marshallplanhilfe nach 1945 = 1,4Mrd.Dollar = 2,8 Mrd.€ (https://www.was-war-wann.de/historische_werte/dollarkurs.html)

[9] vgl. Dirk Stegmann, a.a.O.(FN 8), S.41; Franz Osterroth, Chronik der Lübecker Sozialdemokratie 1866-1972, Lübeck 1973, S.18, 20). Das Wahlrecht begünstigte die Bourgeoisie im Verhältnis von ca.1:10.

und gegen den Adel gerichtete revolutionäre parlamentarische Verfassung wurde in der Frankfurter Paulskirche dann zwar reichsweit verabschiedet, hatte aber - wie bekannt - keinen Erfolg. Denn sie ging 1849 in der reaktionären Gegenrevolution hauptsächlich der österreichischen und preußischen Bajonette unter. Ein bürgerlicher deutscher Nationalstaat kam seinerzeit nicht zustande.

In etwa zeitgleich mit meinen badischen Landsleuten im Salmen in Offenburg tagte in London 1848 der Kommunistische Bund. Er verabschiedete das von Marx und Engels geschriebene Kommunistische Manifest mit dem Verfassungsziel der Diktatur des Proletariats. Da haben wir den Salat. Denn die politische Spaltung der Arbeiterklasse in zwei strategische Richtungen lässt sich im überschaubaren Kleinstaat Lübeck vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in das politische Heute gut verfolgen. Mit allen Konsequenzen. Die politische Grundgrammatik der drei Modelle: Diktatur der Bourgeoisie contra Diktatur des Proletariats und das Offenburger Modell eines vermittelnden Parlamentarismus, bleiben die paradigmatischen Modelle der politischen Organisation bis heute.[10]

Weshalb sind diese Idealtypen politischer Organisation bis heute so wichtig? Wer fragt, ob Lübeck nach der Revolution vom 9.November 1918 rot oder schwarz war, hat diese politischen Modelle im Blick und fragt nach den politische Folgen solcher politischen Ideen und ihrer Organisation. Wenn aber Lübeck in der Weimarer Epoche wirklich „rot“ war, weshalb kam es dann - auch im Freistaat - so schnell zur faschistischen Diktatur?

Die Antwort auf diese Fragestellung wird deshalb kompliziert, weil am 9. November 1917 Lenin Regierungschef Russlands wurde und mit ihm die Diktatur des Proletariats zur Staatsdoktrin in einer Weltmacht. Lässt man die Nebenerzählung beiseite, dass nämlich die Verschickung der Revolutionäre um Lenin 1917 im „plombierten“ Wagen der Reichsbahn von der Schweiz ins krisengeschüttelte Zarenreich nach Petrograd ein geschickter Schachzug der Reichsregierung gewesen sei, um die Ostfront zu entlasten,[11] so entwickelte sich jedenfalls die Lenin’sche diktatorische Lösung einer Staatsverfassung zum absoluten Schreckensbild des Bürgertums in der Weimarer Epoche und blieb es bis heute. Man verband die Herrschaft Lenins mit der Ermordung der Zarenfamilie der Romanows am 16/17. Juni 1918.

Die Parole: Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau, wirkte noch nach 1945 im Globke-Adenauerstaat der jungen Bundesrepublik abschreckend. Die Furcht vor einer diktatorischen sozialistischen Lösung galt im übrigen abgeschwächt schon ab 1912. Da bei den seinerzeitigen Reichstagswahlen[12] die SPD mit 34,8% stärkste Fraktion im Reichstag wurde. Sie gewinnt 5,9% hinzu. Das war ein erster Weckruf für das Bürgertum und deren nationalistischen, politischen Organisationen. So trommelte der Alldeutsche

---

[10] Demgegenüber stehen für parlamentarische Modelle mit und ohne Verfassungsgericht untereinander die Verfassungen der Französischen Revolution (August 1789) einerseits und der USA (September 1789) mit dem Supreme Court.

[11] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reise_Lenins_im_plombierten_Wagen, abgefragt 19.11.21

[12] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlkreis_Hansestadt_L%C3%BCbeck, 19.11.21

Verband z.B. mit seinen über 150.000 einzelnen und institutionellen Mitgliedern im gesamten Reich gegen die Sozialdemokratie.

Der Anschluss der SPD an die angeblich leninistische Linie der Diktatur des Proletariats war indes eine Zwecklüge. Denn die SPD folgte zu keinem Zeitpunkt dem Ziel der Diktatur des Proletariats. Nur der Spartakusbund, der sich aus der Sozialdemokratie über die im April 1917 in Gotha gegründete Unabhängige Sozialdemokratischen Partei (USPD) gebildet hatte, folgte später, auch als KPD (ab 31.Dezember 1918), [13] dem Ziel der Diktatur des Proletariats, wandte sich also von dem Parlamentarismus der Frankfurter Paulskirche ab.

Zur Gründung der USPD kam es, nachdem die SPD am 4.August 1914, entgegen ihrer anderslautenden internen Beschlusslage, im Reichstag den Kriegskrediten zugestimmt hatte. Die Antwort auf die Zustimmung der SPD zum Krieg war wiederum die Zustimmung der französischen Sozialisten zu einer Kriegserklärung Frankreichs gegen Österreich-Ungarn am 13.August 1914. Mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs zerbrach aus diesem Grund die Sozialistische Internationale. Diese Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung war eine Tragödie. Die Auswirkungen waren nicht nur international sondern auch national bis in die

Mandatsverteilung in der Bürgerschaft

	KPD	SPD	DDP	Z	DNVP	Bürger	DR	NSDAP	Insgesamt
09.02.1919	-	42	29	-	6	-	3	-	80
13.11.1921	6	39	29	-	-	6	0	-	80
10.02.1924	10	28	7	-	-	8	21	6	80
14.11.1926	5	35	2	1	-	1	36	-	80
10.11.1929	7	34	2	1	-	1	29	6	80
13.11.1932	9	29	1	1	4	4	5	27	80
31.03.1933	0	0	0	0	3	-	1	22	26

-Bürger: 1921 Bürgerbund; 1924 GE; 1926 VRP; 1929 LHuG
-DR: 1919 "der DNVP nahe stehende Landbewohner"; 1924 WiG; 1926-1932 Hanseatischer Volksbund

Mandatsverteilung 1919-1933

Weimarer Epoche in die 18 Einzelstaaten hinein zu verfolgen. Denn hier lässt sich z.B.an dem Lübecker Reichstagsabgeordneten Carl Theodor Schwartz (1841-1922) das Dilemma der Spaltung der SPD in USPD und MSPD anschaulich belegen. Oder man mag auch den Lebensweg Willy Brandts (1913-1992) als Beispiel nehmen, der sich nach einem Jahr Zugehörigkeit zur SPD 1931 wegen des schwankenden Kurses der MSPD der radikaleren Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) anschloss.

Die aus dem Parteitag in Lübeck 1901 uns schon bekannte Rosa Luxemburg jedenfalls hatte hellsichtig und zutreffend nicht nur den Zustand des lübeckischen Parlamentarismus im Kaiserreich beschrieben, sie setzte auch 17 Jahre später ein Schlaglicht auf die nachrevolutionären Verfassungsbemühungen in Weimar. Rosa Luxemburg brachte es mit der Ablehnung der Zusammensetzung der Weimarer Nationalversammlung in der Roten Fahne (Zeitung des Spartakusbundes, später der KPD) vom 20. Januar 1918 auf den Punkt:

---

[13] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Spartakusbund#Geschichte

„…Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten >kleinbürgerlicher Illusionen< vom >einigen Volk<, von der >Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit< des bürgerlichen Staates.

Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewusst oder unbewusst auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewusster Ideologe des Kleinbürgertums.…

Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn die Diktatur des Proletariats, das ist die Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, Anarchie, wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewusst fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse – im Sinne und durch den Willen der revolutionären Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistische Demokratie.

Ohne den bewussten Willen und die bewusste Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus. Um dieses Bewusstsein zu schärfen, diesen Willen zu stählen, diese Tat zu organisieren, ist ein Klassenorgan nötig: das Reichsparlament der Proletarier in Stadt und Land.

Die Einberufung einer solchen Arbeitervertretung anstelle der traditionelle Nationalversammlung der bürgerlichen Revolution ist an sich schon ein Akt des Klassenkampfes, ein Bruch mit der geschichtlichen Vergangenheit der bürgerlichen Gesellschaft, ein wichtiges Mittel zur Aufstellung der proletarische Volksmassen, eine erste offene schroffe Kriegserklärung an den Kapitalismus.

Keine Ausflüchte, keine Zweideutigkeiten - die Würfel müssen fallen. Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein.“[14]

Diese Ablehnung der Nationalversammlung unter ihrem Präsidenten Eduard David (SPD) hatte tiefgreifende Folgen auch für die Politik des Landesparlamentes in Lübeck (Bürgerschaft). Denn KPD und SPD liefen getrennte Wege. Sie zogen in vielen Fragen nicht an einem Strang. Welche Wirkung ein geschlossenes Vorgehen hätte haben können, zeigte sich 1932 im Zusammenhang mit der Verhinderung der Rede Adolf Hitlers in Lübeck. Eine in gewissem Sinne antifaschistische Einheitsfront kam vor den Reichstagswahlen am 5. März 1932 auf örtlicher Ebene dadurch zustande, dass sich SPD und KPD darauf verstanden hatten, alle Lokalitäten und Orte in Lübeck zu reservieren, die für die groß plakatierte Rede Hitlers hätte in Frage kommen können.[15] Diese Strategie war im Ergebnis erfolgreich. Hitlers Rede wurde nach Bad Schwartau verlegt. Dort fand sie unter großer Beteiligung auch von Honoratioren des Reichs statt, wie etwa dem SA-Führer Prinz August Wilhelm von Preußen.[16]

Von einem „roten Lübeck“ als einer Zeit sozialistischer Hegemonie konnte in Lübeck zu keinem Zeitpunkt die Rede sein. Diese These war eher ein Agitationsmittel der NSDAP. Julius Leber beschreibt die

---

[14] (Erklärung des Spartakusbundes , abgegeben von Rosa Luxemburg, gegen die Wahl einer Nationalversammlung, in: Huber, Ernst Rudolf, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 3, Mainz 1966, S.26).

[15] Puchmüller, S.112

[16] Puchmüller, S.113.

tatsächlichen damaligen Verhältnisse im Freistaat schon 1921. Er bestätigt den tiefen Hass der Elite des Bürgertums, die innerhalb des ADV mit ihrer Ideologie und Konspiration immer wieder versuchte, die Macht für die konservative Revolution in den Ländern und im Reich an sich zu reißen.[17] Dies geschah heimlich und in den seit Ende des 19. Jahrhunderts dafür geschaffenen Netzwerken, insbesondere des ADV unter Claß und Hugenberg. Die Akteure des ADV und der *Konservativen Revolution* konspirierten verdeckt im Hintergrund. Auch wenn sie hinter den politischen Morden und den vier Putschversuchen von 1917-1926 standen.

Von 1919 bis 1933 hatte Lübeck jedenfalls zu keinem Zeitpunkt eine „rote" Regierung. Unter Bürgermeister Fehling herrschte in Lübeck die national-konservative, unter seinem Nachfolger Neumann die national-völkische und unter dem ersten SPD-Bürgermeister, Paul Löwigt, ab November 1926 der „neue Konsens" mit dem national-völkischen *Hanseatischen Volksbund*. Die vermittelnde Haltung Löwigts kommt in dessen Würdigung Bürgermeister Neumanns bei der Einführung der Senatoren Eckholt un Dr. Geister am am 18.Juni 1926 zum Ausdruck.[18]

In den sechs Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1932 wurde die SPD mit Ausnahme von 1926 bis 1929 zwar jeweils stärkste Fraktion in der Bürgerschaft.[19] Allerdings obsiegte in der Bürgerschaftswahl am 10.2.1924 bis November 1926 nach der vorangegangenen und verlorenen Volksabstimmung über die Auflösung des Senats das bürgerliche Lager gegenüber KPD und SPD mit 42 von 80 Sitzen.[20]

Julius Leber bringt die Machtverhältnisse in der Weimarer Epoche Lübecks 1923 auf den Punkt:

> *„Die bürgerliche Senatsmehrheit regierte und die sozialdemokratische Bürgerschaftsmehrheit bewilligte die Steuern."*[21]

---

[17] Zur Klassenfrage: Lübecker Volksbote (LVB) vom 5.10.1921: „Großkapitalistische Diktatur", http://library.fes.de/inhalt/digital/volksbote-luebeck.htm

[18] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund. Bei der Einführung der am 18. Juni 1926 gewählten bürgerlichen Senatsmitglieder Eckholdt und Dr.Geister, die nur mit den 35 Stimmen von SPD und KPD gewählt worden waren, erklärte Löwigt, „dass die Gründe, die Bürgermeister Neumann zum Ausscheiden aus dem Senat veranlasst hätten, auf politischem Gebiete lägen. Er halte es nicht für angebracht, darauf einzugehen. Bürgermeister Dr. Neumann sei 1904 in den Senat gewählt worden. Als Polizeiherr, als Vorsitzender der Finanzbehörde und seit 1921 als Präsident des Senates habe er an verantwortungsvoller Stelle gestanden. Auch in den Zeiten der größten politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte er es verstanden, mit Geschick und Energie die Interessen des Lübeckischen Freistaates zu fördern. Dies anzuerkennen, würden sicher auch seine politischen Gegner bereit sein.", Knie, S.54, schreibt zutreffend, dass diese - die Hintergründe verschweigende - Würdigung Neumanns durch den späteren Bürgermeisters Löwigt sicher nicht im Sinne Dr. Lebers und von Dr. Solmitz gelegen habe.

[19] Erst in der Reichstagswahl am 5.3.1933 erhielt die NSDAP in Lübeck 42,8% gegenüber der SPD 38,3%.

[20] Anders lagen die Verhältnisse im Reich nach dem Kapp-Putsch. Mit dem Verlust der Mehrheit der Weimarer Koalition in den Wahlen vom 6. Juni 1920 aus SPD (163 auf 113), Zentrum (91 auf 69 -Abspaltung der Bayerischen Volkspartei) und Demokraten (75 auf 45) hatte die deutsche demokratische Republik „ihre tödliche Wunde erhalten", wie das Arnold Brecht, Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1894-1927, Stuttgart 1966, S. 309. Bis zum Ende der Republik fand sich keine demokratische Mehrheit.

[21] LBV vom 7.11.1923

Das heißt, die sozialistische Mehrheit in der Bürgerschaft (SPD und KPD), mit Ausnahme der Wahl vom 10.2.1924, spiegelte sich nicht in einer etwaigen sozialistischen Mehrheit des Senats. Da der Senat nach der Revolution vom 9.11.1918 als einzige Regierung eines der 18 Bundesstaaten unter Bürgermeister Fehling fortbestand (mit 1919 14, nach 1920 12 Mitgliedern) und nur fünf SPD-Senatoren 1919 nachgewählt werden konnten, ein sechster erst 1921, blieb seine Zusammensetzung bis 1920 mehrheitlich und ab 1921 zur Hälfte bürgerlich. Denn nach Art. 4 der Landesverfassung (LV) vom 29.März 1919 wurden die gegenwärtigen Senatsmitglieder in ihrer Stellung bestätigt, und zwar ab dem 1.4.1919 für die nächsten 12 Jahre (die 7 gelehrten Mitglieder) bzw. für 6 Jahre die sieben übrigen. Mit Art. 5 der Neufassung der LV 1920 wurde die Zahl von 14 auf 12 reduziert und die Wahlzeit sämtlicher Senatoren auf „unbestimmte Zeit“ verändert.

Die SPD hatte jedenfalls zu keinem Zeitpunkt im Senat eine Mehrheit. Das auf Antrag der SPD 1923 eingebrachte Misstrauensvotum gegen den Senat, mit der Absicht, den Senat entsprechend der Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft umzubilden, war zwar erfolgreich. Die vom Senat unter Bürgermeister Neumann daraufhin beschlossene Volksabstimmung brachte am 6. Januar 1924 indes eine schwere Niederlage für die Antragsteller. Die bürgerliche Senatsmehrheit blieb erhalten.

Der erbitterte Kampf Lebers gegen den völkischen Bürgermeister führte allerdings am 2. Juni 1926 zum Sturz Neumanns. Dieser trat am 3. Juni 1926 zurück und der Sozialdemokrat Paul Löwigt wurde im Senat zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Auch dieser Wechsel im Bürgermeisteramt änderte jedoch nichts an der politischen gegenläufigen Ausrichtung von Bürgerschaft und Senat. Denn in den Bürgerschaftswahlen vom 14.November 1926 überflügelte zwar der auf Veranlassung Neumanns gegründete nationalistische Hanseatische Volksbund mit 44,4% die SPD mit 42,4%. Zusammen mit der KPD (6,4%) überwog allerdings immer noch eine knappe Mehrheit des sozialistischen Lagers im Landesparlament. Neumann verstarb 1928, die Mitglieder seiner Partei, der Hanseatische Volksbund, gingen in der Folge im Wesentlichen zur NSDAP über. Die Regierung Lübecks (der Senat) verfügte trotz des SPD-Bürgermeisters Löwigt bis 1933 über keine Mehrheit der SPD, d.h. des sozialistischen Lagers.

Lübeck hatte demnach zu keinem Zeitpunkt von 1919 bis 1933 eine rote Regierung

Teil 2: War Lübeck präfaschistisch?

Lübeck war - wie in Teil 1 beschrieben - keine „rote Stadt“.War sie aber tiefschwarz im Sinne des Präfaschismus? Das galt m.E. sehr wohl für die bürgerliche Elite der Stadt in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat ab 1921. Mit dem Dienstantritt Bürgermeister Neumanns am 1. Januar 1921 begann der Präfaschismus in Lübeck. Der Begriff *Präfaschismus* eignet sich m.E. gut für die Analyse des Zustandes einer gesellschaftlichen Einheit (Stadt, Land, Staatenbund usw.). *Präfaschistisch* beschreibt eine konkrete Gefahrenlage: Ohne hinreichende Gegenwehr von Staat und Bürger:innen realisiert sich die Gefahr eines Umschlages in den Faschismus.

Demgegenüber benennt der zur Begründung für die damalige geistige Lage oft gebrauchte Begriff „*Konservative Revolution*“[22] eine bestimmte, durchaus heterogene - i.S. rechter und auch linker Orientierung - Gedankenwelt von Personen oder Personengruppen. Diese Ideenwelt kann handlungsrelevant werden, mündet aber nicht notwendig in Faschismus. Möglicherweise entsteht bei der Durchsetzung von Ideen der *Konservativen Revolution* stattdessen nämlich als Herrschaftsform eine Meritokratie, d.h. eine Elitenherrschaft, die nicht, wie im Falle des völkischen Faschismus, in Mord und Totschlag, national und international, Bürgerkrieg und Staatenkrieg mündet, sondern in Milliardärsherrschaft.[23]

Es geht also bei diesem Versuch der Kennzeichnung einer Gebietskörperschaft als *präfaschistisch* um die Bekämpfung des Faschismus, der Aufklärung über seine Ursachen und Verursacher:innen und die Gegenwehr. Es geht um die frühzeitige Abwendung des Umsturzes in den Faschismus, so lange das noch möglich ist, d.h. so lange noch keine Massenbewegung organisiert ist. Deshalb kommt es für den Wortgebrauch *Präfaschismus* nicht darauf an, ob die Gefahrenlage sich bereits zu einer Massenbewegung entwickelt hat. Diesen Umschlag in die organisierte Massenbewegung gilt es gerade zu verhindern.

Mit dem Regierungsantritt Bürgermeister Neumanns wurde zum ersten Mal in den 18 Bundesländern der Weimarer Republik ein völkischer, antisemitischer Vertreter zum Regierungschef eines Bundeslandes gewählt. Neumann und Lübeck spielten in den reichsweiten Putschplänen des Alldeutschen Verbandes (ADV) unter dessen Vorsitzenden Justizrat Heinrich Claß immer schon eine hervorgehobene Rolle. Denn schon bei der Gründung 1891 in Berlin war der damalige Präses der Lübecker Handelskammer, Lange, Vorstandsmitglied geworden.[24]

Neumann wurde mit 39 Jahren, nach seiner äußerst erfolgreichen Arbeit im und für den Ortsverband Lübeck, von 1904 bis 1907 Mitglied der Hauptleitung des ADV.[25] Die Hauptleitung, deren Mitglieder auf drei Jahre gewählt wurden, bestand aus dem Vorsitzenden und bis zu fünf weiteren Mitgliedern. Sie übernahm die Führungsaufgaben des streng hierarchisch ausgerichteten Verbandes.[26]

Neumann war als hoher Repräsentant des ADV auch beteiligt an der Erarbeitung der barbarischen Kriegspläne von 1914. Zu diesen Zielen gehörte u.a. das wohl erste Programm zur Vertreibung volksfremder Kräfte in Europa im 20. Jahrhundert. Johannes Leicht schreibt dazu in seiner Claß-Biographie:

> „ *Die militärische Eroberung von Siedlungsgebieten, vornehmlich in Ost- und Mitteleuropa sowie die politische Implementierung einer ethnisch homogenen Bevölkerung durch staatlich organisierte Umsiedlungsaktionen. Die Verbindung der geopolitischen Chiffre „Lebensraum“ mit der biopolitischen Semantik vom „Volk“ als organisch konzipiertem Kollektiv-körper in einem konkreten Vorschlag zur*

22 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution; aus der Vielzahl der dazu verfassten Literatur sei hingewiesen auf Raphael Gross

23 http://michaelbouteiller.de/milliardisierung-die-kaeuflichkeit-der-poiltik

24 Stegmann Radikalisierung, 45

25 Johannes Leicht, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012,114.

26 Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Wiesbaden 1954, 14;



Wiederherstellung einer vermeintlich natürlichen Ordnung bildete den Kern alldeutscher Kriegszielforderungen. Der Nexus von territorialer Expansion nach außen und ethnischer Segregation nach Innen versprach die Realisierung der Vision einer ethnisch-kulturell homogenen, sozial pazifizierten und politisch konformen „Volksgemeinschaft".[27]

Er war ferner neben seinem Senatskollegen Emil Possehl bereits 1912 Gründer des reichsweit tätigen kriegstreibenden Wehrvereins und setzte sich mit Claß bereits 1913 in Leipzig ein für das Zusammengehen der drei großen Wirtschaftsverbände. Er sah in der Besprechung dieser Sammlungspolitik „einen bedeutsamen Nutzen für die völkische Sache".[28]

---

[27] Leicht, 181,186

[28] https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/11/Luegengeschichten-21116.pdf#page79

Er betrieb zusammen mit Claß die Vereinigung der deutschen Wirtschaftsverbände auch mit dem Ziel, sie für die nationalistische Kriegstreiberei und eine Diktatur „der eisernen Hand“ zu gewinnen. Als lübischer Bevollmächtigter im Bundesrat war Neumann auch deshalb von besonderer Bedeutung für Claß, weil er vertrauliche Informationen über innen- und außenpolitische Entwicklungen auf hoher politischer Ebene an seinen Freund Claß weitergeben konnte.[29]

Claß und Neumann, als prominentes führendes Mitglied des ADV, propagierten landauf, landab, mit erheblicher Wirkung auf die Meinungsbildung der Wirtschaftselite die alldeutsche Kriegsziel-Botschaft. Pomuelke[30] beschreibt deren Wirkung auf die versammelten Industriellen:

> *„Die Industriellengruppe um die Kriegsgetreidegesellschaft ...erfuhr Anfang November 1914 Erweiterungen: zum einen thematisch, indem konkrete Kriegszielfragen diskutiert wurden; zum anderen personell, indem u.a. Männer wie Kirdorf, Stinnes, Beukenberg, Reusch und v. Borsig hinzustießen. Von den Teilnehmern gehörten Hugenberg, Hirsch, Rötger, Beukenberg und Stinnes (jedoch nicht Emil Kirdorf) zur flexibleren und konzilianteren Fraktion der Schwerindustrie. Gleichzeitig kristallisierte sich seit Ende Oktober 1914 in der Großindustrie und bei den extrem Konservativen eine Opposition gegen mögliche Reformen auf Staatsebene heraus, noch bevor sie regierungsseitig in Erwägung gezogen worden waren.*
>
> *Auf der wegweisenden Versammlung vom 7. November 1914 hielt Claß sein Referat über die aus alldeutscher Perspektive wünschenswerten Kriegsziele, welches sich eng an seine September-Denkschrift hielt und dessen Grundgedanken sich alle Anwesenden anschlossen. [..] Die Versammlung beschloss daher, Claß Vortrag als Grundlage für eine entsprechende Kundgebung aller Wirtschaftsverbände anzunehmen, die auch als Eingabe an den Reichskanzler verschickt werden sollte. Schon vorher, am 28. September 1914 war es in der Berliner Philharmonie zu einer Kundgebung der schaffenden Stände[31] gekommen. Vertreten waren u. a. der Deutsche Handelstag, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der CDI, der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, sowie diverse Großbanken gekommen.“*

Hinter dem Rücken von Senat und Bürgerschaft wurde Neumann als Senator und später als Regierender Bürgermeister ab 1917 die Spinne im faschistischen Mediennetzwerk Hugenbergs. Denn er war der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Berliner Scherl-Verlages. Dieser steuerte als Herzstück die ideologische (völkische) Ausrichtung des Medienkonzernes. Zusammen mit Claß, Hugenberg und seinem Senatskollegen Possehl stand er ferner 1916/1917 in der vorderen Reihe beim Ankauf, Aufbau und Vertrieb der rassistischen „Deutschen Zeitung“. 1917/1918 war Neumann neben seinem Senatorenamt zugleich Berater des Zivilgouverneurs in der Hauptstadt Riga des besetzten Lettland. Nationalistische Kreise beabsichtigten das besetzte Gebiet als deutsches Ansiedlungsgebiet zu halten.[32]

Auch in seiner Funktion als Regierender Bürgermeister setzte er in Lübeck die Agitation für den völkischen Nationalismus, wo immer möglich, fort. Als die Völkischen 1923 ein Schlageter-Denkmal im Garten des Hindenburghauses errichteten und eine Gedenkfeier ausrichteten, war er, zusammen mit seinem Vertreter

---

[29] Stegmann Radikalisierung, 47.

[30] Pomuelke, 240

[31] https://de.wikipedia.org/wiki/Kartell_der_schaffenden_Stände, 25.11.2021

[32] Deutsche Machtpolitik in Lettland im Jahre 1919, Ausgewählte Dokumente des von General Rüdiger Graf von der Goltz geführten Generalkommandos des VI. Reservekorps1, von Wilhelm Lenz, S.524, https://www.zfo-online.de/portal/index.php/zf/article/download/4912/4911

Dr.Vermehren, unter den Gästen im Dom.[33] Als Moderator des „Deutschen Abends“ warb er beständig für die Ideologie des ADV. Die Bedeutung dieser Schnittstelle der „völkisch nationalistischen Lübecker Vereine“ beschreibt Buss:

> *„Aufgrund seines Öffentlichkeitsanspruches weitaus gewichtiger war indes der "Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“, dessen Lübecker Ableger 1888 gegründet worden war. 1898 trat der Bund dem "Deutschen Abend" bei, einem Zusammenschluss der deutschen Vereine, dem unter anderem der Deutsche Schulverein, (ab 1908 Verein für das Deutschtum im Ausland), der Deutsche Sprachverein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein, der Deutsche Ostmarkenverein sowie der Verein für das nördliche Schleswig angehörten.*
>
> *Der "Deutsche Abend" trat mit regelmäßigen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit, in denen überwiegend außen-, wehr- und kolonialpolitische Themen, generell das "Deutschtum" im Ausland behandelt wurden. Der Beitritt des Evangelischen Bundes war offensichtlich nicht unumstritten, aber letztlich "siegte der Gedanke, dass der Bund in ganz hervorragendem Maße für die Zukunft unseres Volkes, für das Bestehen des Reiches und für den Schutz unseres protestantischen Kaisertums tätig ist, dass evangelisch und deutsch wie immer klarer erkannt wird, in den jetzigen Zeitverhältnissen dasselbe ist, und dass der Bund die eifrigste Unterstützung aller National gesinnten Deutschen verdiene."*
>
> *Für die Landeskirche kann die Teilnahme des evangelischen Bundes an dieser organisatorisch verfestigten Schnittstelle der völkisch nationalistischen Lübecker Vereine in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden, zumal sich das Engagement auf das kirchliche Leitungspersonal erstreckte.“*[34]

Als die völkischen Machenschaften Bürgermeister Neumanns durch Julius Leber und die SPD im Mai 1926 aufgedeckt worden sind, und seine Verwicklung in die Putschpläne der Alldeutschen offenkundig wurden, musste Neumann nach einem erfolgreichen bestätigenden Misstrauensbeschluss vom Vortage am 3.Juni 1926 zurücktreten.

Am 3.Juni begannen die Feierlichkeiten der bereits seit 1925 als Haupt- und Staatsaktion vorbereiteten 700-Jahrfeier der Lübecker Reichsfreiheit. Eröffnet wurde die Feier am 4.Juni 1926 im Stadttheater mit zahlreichen in- und ausländischen Gästen. Dr. Vermehren als Vorsitzender des Festausschusses und Vertreter des Bürgermeisters begrüßte die Gäste. Reichspräsident Hindenburg ließ sich durch den Verkehrsminister Krohne vertreten.[35] In deren Jubel und Trubel ging sowohl die völkische Ausrichtung der Feier als auch der Skandal um den putschenden Regierenden Bürgermeister und dessen völkische Vorreiterrolle im Deutschen Reich unter. Seinen Gewährsleuten gelang es, bis heute eine Decke des Schweigens und der

---

[33] Knie, Max, 15 Jahre Lübecker Zeitgeschichte. Von der Revolte bis zur Nationalen Erhebung, Lübeck 1933, S.40

[34] Buss, Hansjörg, „Entjudete“ Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011, 47f.

[35] Krogel, Wolfgang G., Die Stadt als bürgerliche Heimat. Eine Untersuchung zum Geschichtsbild der mittelalterlichen Stadt in der 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit Lübecks, Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Band 74/1994, Lübeck 1994, S.225,246. Es liegt nahe, dass Hindenburg von den extremen alldeutschen Kriegs- und Putschplänen und der hervorgehobenen Stellung Neumanns im ADV informiert war, die von der Reichsregierung abgelehnt worden sind, vgl. Huber, 48ff.

Lügengeschichten über die untadelige Seriosität Bürgermeister Neumanns auszubreiten.[36] Neumann verstarb 1928. Die NSDAP setzte ihrem als Biedermann verkleideten frühen Fackelträger zu guter letzt ein Denkmal: Seit 1933 erinnerte eine Straße an Neumann. Die heutige Rathenaustraße am Stadtpark, die den Nationalsozialisten immer schon verhasst war, trug nach Neumanns Tod von 1933 bis 1945 den Namen *Bürgermeister-Neumann-Straße*.[37]

Auch unabhängig von Neumann stand indes die gesellschaftliche Elite Lübecks hinter der Ideologie der extrem nationalistischen und antisemitischen Alldeutschen und seines Lübecker Vormannes. Das betraf die Mitgliedschaft der Spitzen der evangelischen Kirche ebenso wie die der Justiz mit den Landgerichtspräsidenten Hoppenstedt (1834-1910) und Dr. Richard Oemler (1913-1930). In der Stadtregierung waren es neben Neumann, die Senatoren Possehl, Lienau, Dimpker, Evers und Senator Dr. Georg Kalkbrenner (1875-1956),[38] der immer noch Ehrenbürger Lübecks ist.

Hinsichtlich des Lübecker Industrievereins sei nur auf den bis zu seinem Tod 1919 beherrschenden Einfluss des Milliardärs Emil Possehls hingewiesen, der neben Hugenberg, dem Kolonialpolitiker Peters (auch wegen seiner Gräueltaten in Ost-Afrika „Hänge-Peters“ genannt[39]) und Kirdorf Gründungsmitglied des ADV war. In Bezug auf die Lübecker Handelskammer sei nur auf deren Präses Lange hingewiesen, der, wie erwähnt, bereits 1891 bei der Gründung des ADV mitwirkte und Vorstandsmitglied geworden war.

Possehls Herrenmenschentum und Sichtweise, deckt sich mit dem Aufruf der Reichsdeutschen zur Gründung einer Art Nationalvereins im Juni 1890, dem Vorläufer des Alldeutschen Verbandes, den der damals 25jährige Dr. Alfred Hugenberg aus Hannover später am 28.September 1890 in Frankfurt am Main organisierte[40]. Hugenberg mit seiner extremen völkischen Ideologie war in gewissem Sinne der Gründungsvater des Alldeutschen Verbandes[41]:

> *„Wir sind bereit, auf den Ruf unseres Kaisers in Reih‘ und Glied zu treten und uns stumm und gehorsam den feindlichen Geschossen entgegen führen zu lassen; aber wir können dafür auch verlangen, dass uns ein Preis zufalle, der des Opfers wert ist, und dieser Preis ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Anteil an der Welt sich selber nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht.* D e u t s c h l a n d, w a c h a u f!“[42]

---

[36] https://michaelbouteiller.de/?page_id=3258

[37] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann, 5.4.2021

[38] Stegmann Radikalisierung, 59

[39] https://www.planet-wissen.de/geschichte/deutsche_geschichte/deutsche_kolonien/pwiewissensfrage588.html, 22.11.21

[40] Kruck, Alfred, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954, 7

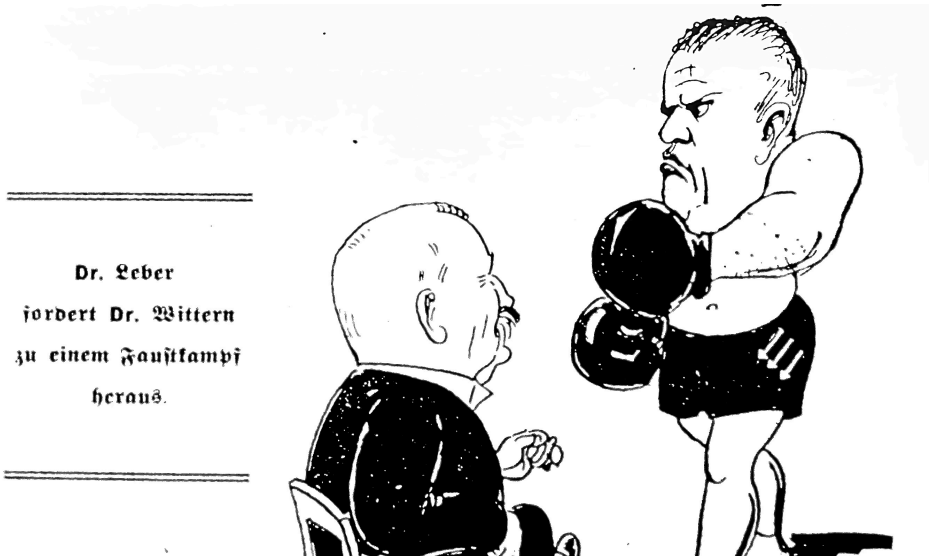
[41] Dazu Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band IV, Struktur und Krisen des Kaiserreiches, Stuttgart 1969, 45 ff.

[42] Kruck, Alfred, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954, 7

Die öffentliche Meinungsbildung im Freistaat wurde beherrscht durch den nationalkonservativ bis völkisch orientierenden Generalanzeiger, der unter dem Einfluss des hugenbergschen Medienimperiums stand, von dessen Anzeigenmonopol, Ala (Anzeigen Aktiengesellschaft, Berlin und u.a. Lübeck) , die Zeitung wirtschaftlich abhängig war, weshalb Julius Leber zu Recht schreiben konnte:

> *... Und doch war e r (Hugenberg, M.B.) der eigentliche unsichtbare Herrscher dieser Stadt, die er selbst vielleicht nie gesehen. Den S t a a t hatte er in der Hand durch sein Oberhaupt, die Presse durch die größte Inseratenplantage. Sein Wille war maßgebend, beschränkt nur durch den leidenschaftlichen Widerstand der darob täglich beschimpften und begeisterten S o z i a l d e m o k r a t i e (Sperrungen im Original, MB)".*[43]

Die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten war mit ihrem Mitteilungsblatt schon längst in den Händen der Völkischen. Nicht nur die meisten ihrer Direktoren[44] in der Weimarer Epoche waren Mitglieder des ADV bzw. vertraten deren Ideologie, sondern auch der von ihnen ausgewählte Schriftleiter Paul Brockhaus (1922-1951) propagierte öffentlich in der völkischen Fehrs-Gilde[45] seine nationalistischen Parolen und unterstützte die völkische Sache in Lübeck nach Kräften. Er war von 1919-1965 auch Gründer und Herausgeber der Publikation „*Der Wagen*".



Karikatur aus Knie, 39

Brockhaus verkörperte - wie das Manfred Eickhölter 2014 sagt - ganz im Sinne Neumanns - „wie kein zweiter Kulturschaffender Lübecks den Typus eines Deutsch-nationalen Bildungsbürgers, Antidemokrat von Herzen, Wegbereiter und treuer Anhänger einer nationalsozialistischen Erneuerung schon vor 1933."[46]

---

[43] Vgl. Lübecker Volksbote, a.a.O., vom 8.6.1926,S.1

[44] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Gesellschaft_zur_Bef%C3%B6rderung_gemeinn%C3%BCtziger_T%C3%A4tigkeit, 17.11.21

[45] https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fehrs-Gilde,12.4.2021

[46] Eickhölter, Manfred, Höllenfahrt und Zwangsbekehrung, Lübeckische Blätter 2014, S.247

Der Lübecker Historiker Wolfgang Muth beschreibt die beispielhaft entschlossene Gegenwehr Lebers gegen die Völkischen in Lübeck. Da gab es kein Hin und Her, Ja und Aber, kein vorsichtiges nach allen Seiten Absichern:

> *„Im Juli 1923 wollte der „Schwartauer Hakenkreuzbund“ [47]eine Fahnenweihe feiern. Die Lübecker SPD rief zu einer öffentlichen Gegendemonstration auf, an ihrer Spitze marschierte Leber. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zogen sich die Völkischen in eine Gaststätte zurück und verbarrikadierten sich. Leber gelang es, Zugang zu dem Lokal zu bekommen, und erreichte die Übergabe der Fahne an ihn gegen die Zusage, dass die Lübecker Sozialdemokraten sich zum Schwartauer Markt zurückziehen würden.*
>
> *Im Sommer 1924 beantragte die deutschvölkische Fraktion in der Bürgerschaft, einen Gedenkstein für Albert Leo Schlageter in Lübeck zu errichten.[48] Der junge Mann hatte während der Besetzung des Ruhrgebietes durch Belgien und Frankreich Attentate auf die ausländischen Besatzungstruppen verübt und war deshalb von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden.*
>
> *Leber sprach vehement gegen den Antrag. Schlageter sei durch die nationalistische Propaganda verhetzt worden und habe durch seine Taten der „Hetzpropaganda Poincarés in Frankreich“ ungeheueren Vorschub geleistet. Das Nationalgefühl der Sozialdemokratie sei durch die Achtung anderer Nationen geprägt. Nur gegenseitiges Verständnis könne zu einem langfristigen Weltfrie-den beitragen. Damit zog er sich zum ersten Mal den Zorn der Völkischen zu. Erste Drohungen gegen ihn wurden öffentlich ausgesprochen.*
>
> *1926 kam es in der Bürgerschaft zu einer Debatte über die Einbürgerung von Juden, in der er der Rechten antisemitische Motivationen unterstellte. Die Deutschvölkischen hielten ihm vor, dass er wahrscheinlich selbst Jude oder jüdisch versippt sei. Leber verwahrte sich scharf dagegen und warf seinem Hauptwidersacher vor, er könne ihn dann mit dem gleichen Recht einen Indianer nennen.*
>
> *Die Auseinandersetzung zwischen ihm und den stärker werdenden Nationalsozialisten verschärften sich immer mehr. Schon 1930 drohte ihm der NS-Bürgerschaftsabge-ordnete Hoffmann: „Es kommt einmal die Stunde, wo wir an ihre Tür klopfen werden mit den Worten: „Herr Dr. Leber, es ist so weit!’“ In der Öffentlichkeit wurde von Seiten aufgehetzter Nationalsozialisten verkündet: „Zwei Stunden nach unserem Sieg hängt Leber auf dem Marktplatz.“[49]*

Insgesamt entwickelte sich Leber für die Lübecker NSDAP zu ihrem schlimmsten Feind.[50] Noch nach der Machtübertragung am 31.1.1933 hieß es in der nationalsozialistischen Propaganda im Zusammenhang mit Berichten über frühe Widerstandstaten oder die Verhaftung von Nazi - Gegnern immer wieder: „Die Saat des

---

[47] Nach Knie, 30, handelte es sich bei den Auseinandersetzungen am 1.Juli 1923 in Schwartau um eine Versammlung der Bismarckjugend, der Jugendorganisation der DNVP (Hugenberg): „Die Schwartauer Schlacht gegen Kinder“.

[48] Am 26.5.1924 fand im Dom unter Anwesenheit Bürgermeister Dr.Neumanns und Senator Dr.Vermehren eine Gedächtnisfeier statt. Ein Findling als Denkmal wurde im Garten des Hindenburghauses (Abgerissen für Bau des Landgerichtes) errichtet, Knie, 41

[49] Hinweis im Lübecker Volksboten vom 9.3.1932

[50] Vgl. auch die völkische Darstellung von Knie, 3f.

Hetzers Leber ist aufgegangen!“ In einem Artikel des Lübecker Generalanzeigers vom 2. Februar 1933 über eine Versammlung der Nationalsozialisten am Vorabend hieß es:

> *„Der letzte Redner des Abends, Glasmeier, hob hervor, dass, wo Leber spreche, immer Blut zugeschrieben werden. (...) Nicht die Sozialdemokratie und nicht die KPD seien (...) für die Bluttaten verantwortlich, einzig und allein Dr. Leber.“*[51]*. Das sei schon so gewesen, als es noch gar keine Nationalsozialisten in Lübeck gegeben habe. (...) Alle Lübecker Bluttaten müssten den Hetzartikeln des Amtsblattes (gemeint ist hier der Volksbote) zugeschrieben werden.“*

1932 nach dem Preußenschlag, d.h. nach der verfassungswidrigen Absetzung der SPD-geführten Regierung unter Otto Braun in Preußen am 20. Juli 1932 durch Hindenburg und Reichskanzler Franz von Papen,[52] verschärfte sich der Gewaltkurs. Den Tag nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler hätte Julius Leber, ohne persönlichen Leibwächter, der in Notwehr einen in der Nacht angreifenden SA-Mann erstach, nicht überlebt.[53]

Welchen Widerhall die NSDAP frühzeitig bei dem Bürgertum fand, berichtet die Norddeutsche Zeitung unter dem 30.10.1930 über eine Versammlung der NSDAP in Lübeck mit dem Thema „Das Verhältnis der Nationalsozialisten zum Privateigentum“. Namhafte Wirtschaftsführer Lübecks wie der Inhaber eines großen Tuchlagers und Mitglied der DVP, Konsul Herman Gustav Stolterfoth und Konsul Boje und andere, hätten den Bannemanns (NSDAP) und Albrechts (Gauleiter im Nazi-Gau Mecklenburg-Lübeck, der den Vortrag hielt), Beifall gezollt.[54]

Karl-Heinz Roth beschreibt die sofort nach dem 31.1.1933 gerade in den Hansestädten ausbrechende Barbarei in der Verfolgung von Sozialisten und anderen bekannten Verteidigern der Republik:

> *„Ende Februar 1933 kam in den freien Hansestädten eine terroristische Verfolgungskampagne gegen ihre Kader und Anhänger in Gang, die auf Reichsebene kaum ihresgleichen hatte. Der Aktionsradius der traditionell hocheffizienten politischen Polizeibehörden wurde durch „Kommandos z.b.V.“, die Aufwertung der SA-Rollkommandos zu Formationen der „Hilfspolizei“ und die Einrichtung hansestädtischer „Schutzhaft“-Lager schlagartig erweitert. Wer sich gegen den Umbruch offen zur Wehr setzte, war bald mit Terrorpraktiken konfrontiert, die nicht nur alle bis dahin gemachten Repressionserfahrungen weit übertrafen, sondern gerade in den Hansestädten auf der Seite der politischen und wirtschaftlichen Machtträger des neuen Regimes eine kompromißlose klassen-politische Kampfstellung zum Ausdruck brachten“.*[55]

---

51 Wolfgang Muth, Dr. Julius Leber-Leben und Werk, Vortrag Julius Leber Schule am 19.8.2011

52 Siehe dazu Arnold Brecht, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen, Zweite Hälfte 1927-1967, Stuttgart 1967, 181 ff.

53 Julius Leber,,https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Leber16.10.2019

54 Heraus zum Kampf, a.a.O. (FN 94), S. 270. Die „Norddeutsche Zeitung“ war das Organ des KPD-Bezirkes Wasserkante, zu dem auch Lübeck gehörte: Nachweis ebda.

55 Das Großbürgertum der freien Hansestädte und der Faschismus, in: Arno Klönne/Karl A.Otto/ Karl Heinz Roth (Hg.),Fluchtpunkte.Das soziale Gewissen der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003, S.1 - 31, insbesondere S.9: Zu Bremen vgl. auch Jörg Wollenberg, Von den „Ideen von 1914“ zum Geist von Potsdam 1933“ - Ludwig Roselius und Richard von Hoff „gegen Kriegsschuldlüge und Versklavung“ und für die Volkshochschulen als „heilige Pflanzstätten der Wiedergeburt Alldeutschlands aus germanischem Geist“, Bremen Vampyr Stadt neu vhs_pdf

Dieses krasse Fehlen jeglichen bürgerlichen Anstands beweist erneut die - oben dargestellte - lange Dauer der Auswirkungen des tiefsitzenden Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt. Der im Kaiserreich herrschende Kulturpessimismus hatte schon lange vor dem 31. Januar 1933 große Teile der bürgerlichen Elite der Hansestadt Lübeck erfasst. Die niedersten Instinkte warteten auf ihren kollektiven Einsatz.